

Unicef äußert sich besorgt zu Social-Media Beschränkungen

UNICEF begrüßt zwar das wachsende Engagement für die Online-Sicherheit von Kindern, doch Social-Media-Verbote bergen ihre eigenen Risiken und können sogar nach hinten losgehen.

Soziale Medien sind kein Luxus

– für viele Kinder, insbesondere für diejenigen, die isoliert oder ausgegrenzt sind, sind sie eine Lebensader, die ihnen Zugang zu Bildung, Kontakten, Spiel und Selbstverwirklichung verschafft. Darüber hinaus werden viele Kinder und Jugendliche weiterhin auf soziale Medien zugreifen, sei es durch Umgehungslösungen, gemeinsam genutzte Geräte oder den Rückgriff auf weniger regulierte Plattformen, was es letztlich schwieriger macht, sie zu schützen.

Altersbeschränkungen allein reichen nicht

- sie müssen Teil eines umfassenderen Ansatzes sein, der Kinder vor Schaden schützt, ihr Recht auf Privatsphäre und Teilhabe respektiert und vermeidet, sie in unregulierte, weniger sichere Räume zu drängen. Regulierung sollte kein Ersatz für Investitionen der Plattformen in die Sicherheit von Kindern sein. Gesetze, die Altersbeschränkungen einführen, sind keine Alternative für Unternehmen, um das Design ihrer Plattformen und die Moderation ihrer Inhalte verbessern.

„UNICEF fordert Regierungen, Regulierungsbehörden und Unternehmen auf, gemeinsam mit Kindern und Familien digitale Umgebungen zu schaffen, die sicher und inklusiv sind und die Rechte der Kinder respektieren.

Dazu gehört:

- Regierungen sollen Unternehmen dazu verpflichten, in eine sicherere Plattformgestaltung sowie eine wirksame Moderation von Inhalten zu investieren, und sie sollten Unternehmen dazu verpflichten, Verantwortung zu übernehmen, indem sie negative Auswirkungen auf die Rechte von Kindern proaktiv identifizieren und bekämpfen.
- Social-Media- und Technologieunternehmen müssen ihre Produkte neu gestalten, wobei die Sicherheit und das Wohlergehen von Kindern im Mittelpunkt stehen müssen.
- Regulierungsbehörden müssen über systemische Maßnahmen verfügen, um Schäden, denen Kinder online ausgesetzt sind, wirksam zu verhindern und zu mindern.
- Die Zivilgesellschaft und ihre Partner müssen die Stimmen und Lebenserfahrungen von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Betreuern in Debatten über Altersbeschränkungen in sozialen Medien stärker zur Geltung bringen. Entscheidungen darüber, wie Kinder im digitalen Zeitalter am besten geschützt werden können, müssen auf fundierten Erkenntnissen beruhen, einschließlich Erkenntnissen, die direkt von Kindern stammen.

- Eltern und Betreuer sollten durch eine Verbesserung ihrer digitalen Kompetenz unterstützt werden.